Newsletter: NRW gegen Diskriminierung

Vorwort

Der Newsletter der Servicestellen informiert regelmäßig über die Arbeit der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit, weist auf Veranstaltungen im Themenfeld hin und empfiehlt Literatur für die Arbeit gegen Diskriminierung. Er richtet sich an PraktikerInnen in der Integrations- und Antirassismusarbeit. Wie gewohnt der Hinweis, dass es allen Integrationsagenturen offensteht, Artikel zu ihrer Arbeit im Bereich Antidiskriminierungsarbeit einzureichen, und dass wie bisher die im Text gekennzeichneten Hyperlinks durch *„Strg"+Anklicken* direkt aufgerufen werden können.

Im Folgenden die erste Ausgabe des Newsletters für 2013.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen

die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit

Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen
Mail: gbb@paez-aachen.de
www.gleichbehandlungsbuero.de
0241 4017778

Antidiskriminierungsbüro Siegen
Mail: guel.ditsch@vaks.info
www.mediathek-gegen-rassismus.de
0271 3175745

Anti-Rassismus Informations-Centrum ARIC-NRW e.V.
Mail: info@aric-nrw.de
www.aric-nrw.de
0203 284873

Planerladen e.V. Integrationsprojekt im Wohnbereich
Mail: integration@planerladen.de
www.integrationsprojekt.net
0231 8820700

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln
Mail: info@oegg.de
www.oegg.de
0221 96476300

INTEGRATIONS AGENTUREN NORDRHEIN-WESTFALEN
Vielfalt ist unsere Stärke.

Gefördert vom
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Aus der Arbeit der Servicestellen:

Beratung

- Das **Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen** berichtet über einen Fall aus seiner Beratungsarbeit und beleuchtet, inwieweit es sich um eine **Diskriminierung durch die Strafverfolgungsbehörden** handeln könnte. (Seite 15)

Bildungsarbeit/Prävention

- Das **Antidiskriminierungsbüro Siegen** berichtet über seinen **Integrationskonferenz Workshop „Antidiskriminierungsarbeit"**. (Seite 6)
- Des Weitern diskutierte das **ADB Siegen** im **Kooperationsverbund der Migrationsdienste und der Stadt Siegen** das Thema **"Integration im Wandel der Zeit – Quo vadis?!"** (Seite 8)
- **ARIC-NRW e.V.** führte in Kooperation mit dem Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen am 18. März 2013 den Fachtag **„Antimuslimischer Rassismus – Dialoge entwickeln und umsetzen"** durch. (Seite 9)
- Der **Planerladen e.V.** berichtet über den weiteren Verlauf seines deutsch-türkischen Leseprojektes **„Oku bakayım! – Lies mal!"** und seiner Projekte **Bürgerforum "Nord trifft Süd", BESSER LEBEN OHNE NAZIS/SCHÖNER WOHNEN OHNE NAZIS... auch 2012!** und **Jugendforum Nordstadt.** (Seite 20)

Sensibilisierungs-/Öffentlichkeitsarbeit

- **Racial Profiling – Kontrollen nach Hautfarbe.** Das **AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln** setzt sich für die Abschaffung dieser von der Polizei genutzten rassistischen Ermittlungsmethode ein. (Seite 4)
- Ferner ist das **ADB Köln** auch dieses Jahr wieder Mitinitiator der Aktion **DISSEN – MIT MIR NICHT.** (Seite 22)
- Der **Planerladen e.V.** lud an zwei Film-, Lese- und Musikabenden zur Diskussion über die Lebenssituation der Roma in Dortmund ein. (Seite 17)
- In dem Beitrag **"Jubiläum der Untätigkeit": Problemhaus in der Dortmunder Nordstadt weiterhin unsaniert** zeigt der **Planerladen e.V.**, wie in der Nordstadt trotz anders lautender Zusagen kontinuierlich Wohnraum zum Nachteil von Zuwanderern heruntergewirtschaftet wird. (Seite 19)

Literatur/Publikationen:

- Pädagogisches Zentrum Aachen e.V. (Hrsg.) 2013: Menschen im Widerstand. Die Würde des Menschen ist Unantastbar.
- Karima Benbrahim (Hg.): Diversität bewusst wahrnehmen und mitdenken, aber wie? Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., Düsseldorf: Eigenverlag 2012.
- Mutlu Ergün 2010: Kara Günlük – Die geheimen Tagebücher des Sesperado. Unrast Verlag.

Veranstaltungen:

IntegraDo – der Zusammenschluss der Dortmunder Integrationsagenturen – lädt ein:

Interkulturelle Quizshow 2013
„In 30 Fragen um die Welt"

Ort:
Wichernhaus
Stollenstraße 36
44145 Dortmund

Datum:
Donnerstag, 6. Juni 2013
18.00 Uhr (Einlass ab 17.45 Uhr)
Eintritt frei

Impressum:

Texte und Herausgeber: Integrationsagenturen, Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit
Redaktion und Layout: ARIC-NRW e. V.
Kontakt: newsletter@NRWgegenDiskriminierung.de
© 2011
Bildrechte: Fotos in der Kopfzeile © Bildagentur Fotolia (Franz Pflügel, Olivier Le Moal, Miroslav)

Racial Profiling – Kontrollen nach Hautfarbe

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln

„Ihren Ausweis bitte!" Aus heiterem Himmel ereilt diese polizeiliche Aufforderung immer und immer wieder Menschen in Deutschland, die anders aussehen als so genannte Durchschnittsdeutsche. Ein Schwarzer Kasseler Student weigerte sich, der Anordnung der Polizei zu folgen. Daraufhin wurde er durchsucht und festgenommen. Seine Klage gegen die Kontrolle nur aufgrund seiner Hautfarbe war im Oktober 2012 erfolgreich. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz erklärte das Vorgehen der Bundespolizei für rechtswidrig: Es verstoße gegen das im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot. „Racial Profiling" (etwa: rassische oder ethnische Profilbildung) nennen Menschenrechtsorganisationen die gängige Praxis von Polizisten bei verdachtsunabhängigen Personenkontrollen.

Auch John Mukiibi, Mitarbeiter der Kölner Antidiskriminierungsstelle „Öffentlichkeit gegen Gewalt", kennt das Vorgehen. Er hat es aufgrund seiner dunklen Hautfarbe mehrfach erlebt. Und empfindet es als stigmatisierend: „Dabei steht man in der Öffentlichkeit. Man wird von den Personen, die im Umkreis stehen, schräg angeguckt. Es sind äußerst unangenehme Stresssituationen, denen man da ausgesetzt wird und denen man nicht entkommen kann. Das Paradoxe ist: Man empfindet Scham, obwohl man sich sehr bewusst ist, dass man nichts Falsches getan hat. Man wird aber behandelt wie ein Krimineller."

In seiner Beratungsarbeit hört John Mukiibi oft Berichte Betroffener über solch demütigende Polizeikontrollen. „Leider gehört das für viele Menschen, denen man aufgrund ihrer Hautfarbe Fremdheit zuschreibt, zum Alltag. Die Reaktionen darauf sind ganz unterschiedlich. Manche reagieren mit Rückzug. Oder man meidet bestimmte Orte, wo sich viel Polizei aufhält. Oft bewegen sich die Betroffenen nur angespannt im öffentlichen Raum. Sie melden es aber meistens nicht. Wir erfahren es nebenbei. Es wäre jedoch wichtig, solche Vorfälle systematisch dokumentieren zu können, um zu belegen, wie häufig das vorkommt. So könnten wir dazu beitragen, dass diese diskriminierende Praxis aufhört."

John Mukiibi begreift das diskriminierende Vorgehen der Polizei als institutionellen Rassismus. Der zeige sich auch in Schulen, Kindergärten und Nichtregierungsorganisationen. Daher sei Rassismuskritik nicht nur in Fällen von „Racial Profiling" notwendig. Vielmehr handele es sich um eine Querschnittsaufgabe in der Migrationsgesellschaft. Das „Racial Profiling" insbesondere sei so gefährlich, weil es in der Gesellschaft vorhandene Stereotype verstärkt.

Petition soll Abhilfe schaffen

Um Abhilfe zu schaffen, hat jetzt die „Initiative Schwarze Deutsche" mit Unterstützung des Deutschen Instituts für Menschenrechte, amnesty international, dem Zentralrat der Sinti und Roma und der Flüchtlingsorganisation „The Voice" eine Petition für die Abschaffung der verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen beim Bundestag eingereicht. Dann wäre zumindest diese Form der Diskriminierung Vergangenheit.

Gerade für Kinder, betont John Mukiibi, ist es besonders erschreckend, eine herkunftsbezogene Ausweiskontrolle miterleben zu müssen, wenn zum Beispiel ihre Eltern davon betroffen sind. Sie erzeugt Verwirrung und Scham, und die Kinder vergleichen sich bedrückt mit anderen Kindern, die so etwas nicht erleben.

Rassismuskritik Teil der Ausbildung

Eine Forderung von „Öffentlichkeit gegen Gewalt" heißt darum: „Rassismuskritik gehört auch in die Polizeiausbildung ebenso wie in die von Lehrer_innen, Erzieher_innen usw. Aber gleichzeitig müssen auch die Betroffenen gestärkt werden. Sie müssen aufgeklärt werden über ihre Rechte. Und sie brauchen konkrete Handlungsvorschläge, was sie unternehmen könnten.

Aus: Vielfalt – Das Bildungsmagazin der AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V. Winter/Frühjahr 2013

Integrationskonferenz Workshop „Antidiskriminierungsarbeit"

Antidiskriminierungsbüro Siegen (Gül Ditsch)

Ziel dieses Workshops war es, deutlich zu machen, dass Diskriminierung zum Alltag gehört und Anti-Diskriminierungsarbeit die Aufgabe hat, den Grundgedanken der Gleichbehandlung in allen gesellschaftlichen Strukturen und Ebenen zu verankern.

Nach einer kurzen Vorstellung meiner Person und meiner Institution Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V. (VAKS e. V.) haben wir den 12-minütigen Kurzfilm „Schwarzfahrer" als Einstieg in die Thematik genutzt. Inhaltlich eignet er sich hervorragend, um eine ethnische Diskriminierung in einer Alltagssituation zu verdeutlichen. Seine besondere Stärke liegt darin, dass er ohne den pädagogisch-moralisierenden Zeigefinger auskommt, aber dennoch Partei ergreift.

In dem zweiten Teil des Workshops teilten wir die Teilnehmer in drei Gruppen auf:

- Gruppe 1 erhielt Fälle von Diskriminierung am Arbeitsplatz,
- Gruppe 2 Beispiele aus einer Behörde und
- Gruppe 3 beschäftigte sich mit Diskriminierungssituationen in der Schule.

Jede Gruppe durfte sich aus zwei Fällen ein Beispiel aussuchen. Dann wurde innerhalb der Gruppe über vorstellbare Vorgehensweisen, Präventions- und Interventionsmöglichkeiten diskutiert und die Ergebnisse entsprechend festgehalten:

Hier eine Zusammenfassung:

1. Sensibilisierung von Behörden, Schulen, Betrieben, Verbänden, Vereinen (auch leitende Personen) durch Fortbildungsangebote im Bereich „interkulturelle Kompetenz" (z. B. mit Punktesystem als Nachweis)

2. Es ist zu eruieren, ob die Diskriminierung auf institutioneller, individueller oder struktureller Ebene stattfindet. Diskriminierung greift in sozialem, kulturellem, politischem und öffentlichem Leben.

3. Eine qualifizierte Beratungsstelle aufsuchen, die mit unterschiedlichsten Einrichtungen und Organisationen vernetzt ist. Hier werden durch Einzelfallberatung die Handlungsfähigkeit der Betroffenen gestärkt und konstruktive Maßnahmen entwickelt und eingeleitet. Diese sollen dazu beitragen, den Fall zu lösen oder zu klären.

4. Ein Beschwerdemanagement in jeder Institution einzurichten, um eine kritische und sachliche Selbstreflexion zu betreiben.

5. Nach Bedarf die Zugewanderten bei Behördengängen begleiten, um den Betroffenen den Rücken zu stärken.

6. Diskriminierungsfälle an die Öffentlichkeit bringen.

7. Interkulturelle Kompetenz vermittelnde Unterrichtsinhalte müssen in den Lehrplänen aller Schulformen, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen integriert werden.

Im dritten Teil des Workshops habe ich mittels einer Präsentation die Antidiskriminierungsarbeit des Vereins für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V. im Rahmen der Integrationsarbeit in NRW vorgestellt. Dabei bin ich speziell auf meine Aufgaben und Vorgehensweise als „Servicestelle für die Antidiskriminierungsarbeit" eingegangen. Definition und Folgen von Diskriminierung wurden erklärt, der essentielle Bestandteil und Ziele der Antidiskriminierungsarbeit dargestellt. Ferner bin ich kurz auf die Prinzipien der qualifizierten AD-Beratung eingegangen. Zum Schluss habe ich einige Beispiele zur Prävention aus lokalen Kooperationen aufgezählt.

Abschließend war mir wichtig darauf hinzuweisen, dass die beste Antidiskriminierungsarbeit die ist, die Diskriminierung und Konflikte oder Konfliktpotential frühzeitig erkennt und darauf mit adäquatem Maßnahmeprogramm reagiert. Dazu bieten wir in unserer Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung vielfältige Medien für jeden zugänglich kostenfrei an. Mehr Infos unter www.mediathek-siegen.de

Gül Ditsch

VAKS e.V./INTEGRATIONSAGENTUR SERVICESTELLE-
Antidiskriminierungsarbeit
Heidenbergstr. 1c
57072 Siegen
Tel.: 0271-3175745

Integrationskonferenz "Integration im Wandel der Zeit – Quo vadis?!"

Kooperationsverbund der Migrationsdienste und der Stadt Siegen/ADB Siegen

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die das Zusammenwirken aller sozialen und politischen Kräfte fordert. Wir leben in einer Gesellschaft mit wachsender kultureller, ethnischer und religiöser Vielfalt. Insbesondere seitdem NRW als erstes Flächenland das Integrationsgesetz verabschiedet hat, ist ein positives Signal gesendet und die Bedeutung von Integration in den Vordergrund gerückt worden.

Seit 2007 setzen sich die Integrationsagenturen des Landes NRW, in Trägerschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, mit den vielfältigen Herausforderungen von Integration auseinander.

Deshalb haben die Träger der Integrationsagenturen im Kreis Siegen-Wittgenstein – Mitglieder im Kooperationsverbund der Migrationsdienste und der Stadt Siegen – erstmals zu einer Integrationskonferenz am 28. Februar 2013 in Siegen eingeladen.

Die Veranstaltung hatte das Ziel, einen Überblick über die Entwicklungen im Bereich der Integrationsarbeit zu geben und mit anderen in der Integrationsarbeit aktiv engagierten Menschen ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus bot die Konferenz eine gute Gelegenheit, einen Einblick in die Arbeit der hiesigen Integrationsagenturen zu erhalten und damit auch neue Impulse für die Praxis mitnehmen zu können.

Das Impulsreferat wurde von Prof. Dr. Bade, dem Vorsitzenden des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, gehalten. Er vermittelte einen Überblick über die Entwicklungen im Bereich der Integrationsarbeit.

Danach folgten 3 Workshops zu folgenden Themen:

- *Partizipation und bürgerschaftliches Engagement*
  mit Karina Barbera (Caritasverband Siegen-Wittgenstein e.V.) und Emetullah Hokkaömeroglu (Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe)

- *Interkulturelle Sensibilisierung im Bereich der Gesundheitsförderung*
  mit Dorothee Kahm (Diakonie in Südwestfalen Sozialdienste)

- *Antidiskriminierungsarbeit* mit Gül Ditsch (Verein für Soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V./DPWV)

Anschließend wurden im Plenum die Ergebnisse aus den Workshops vorgestellt.

Den Abschluss bildete eine Vorstellung des Jugend-Theaters *Migration*, in deren Anschluss sich die Workshopteilnehmer beim Verzehr kulinarischer Köstlichkeiten noch einmal begegnen und austauschen konnten.

Eine ausführliche Dokumentation der Veranstaltung wird in Kürze folgen.

Dokumentation zum Fachtag „Antimuslimischer Rassismus – Dialoge entwickeln und umsetzen"

Eine Kooperationsveranstaltung des **Instituts für Migrations- und Aussiedlerfragen** und **ARIC-NRW e.V.** am Montag, den 18. März 2013 in Oerlinghausen

Einleitung

Wie aktuelle Forschungen des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld (2010) belegen, wird antimuslimischer Rassismus insbesondere seit der Finanzkrise 2008 (noch vor der Sarrazin-Debatte und der Aufdeckung des rechten Terrors) verstärkt in der Mitte der Gesellschaft verortet. Als Folge dieser Krise ist eine Entsolidarisierung mit schwachen Gruppen (Fremden, Sozialschwachen etc.) zu erkennen, die sich insbesondere im vermeintlich toleranten Bürgertum wiederfindet.

Zielsetzung:

- Vorstellung erfolgreicher Konzepte, Projekte und Austausch
- Erarbeitung von neuen Ideen für die Praxis der Antidiskriminierungsarbeit gegen den antimuslimischen Rassismus insbesondere in Zusammenarbeit mit (muslimischen) Migrantenorganisationen.

Am Fachtag nahmen 22 haupt- und ehrenamtliche VertreterInnen verschiedener Verbände, Vereine und Arbeitskreise der Migrationsarbeit aus (Ost-)Westfalen teil, hauptsächlich aus Integrationsagenturen, sowie ein Vertreter der Polizei.

„Antimuslimischer Rassismus – aktuelle Tendenzen" (Vortrag von Hartmut Reiners)

- Herr Reiners stellte in seinem Vortrag zunächst das Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC-NRW e.V.), seine Entstehung und seine Angebote vor (Antidiskriminierungsberatung, Bildungsarbeit, politische Arbeit).
- schilderte dann konkrete Einzelbeispiele aus der Beratung,
- erläuterte den „Antimuslimischen Rassismus" und seine gesellschaftliche Dimension,
- verdeutlichte die Einstellungsmuster in der Bevölkerung gegenüber Muslimen,
- ging des Weiteren auf die Partizipation ein,
- veranschaulichte die Diskriminierung von Muslimen und ihren Umgang mit Diskriminierung.

Fazit: In unserer Gesellschaft gibt es manifeste strukturelle Benachteiligungen mit individuellen und institutionellen Auswirkungen. Für viele Betroffene gehört Diskriminierung zum Alltag, doch sie nehmen aufgrund mangelnder Information keine Rechtshilfe in Anspruch. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind individuelles und institutionelles Empowerment nötig sowie die Stärkung der Partizipation (kommunales Wahlrecht) und die Verbesserung des Diskriminierungsschutzes.

„Antimuslimischer Rassismus in Bildung und Schule" (Vortrag: Regina Laudage-Kleeberg)

Frau Laudage-Kleeberg referierte über die
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V.:

- Beteiligte Mitglieder: 5 Erzbistümer, Caritasverbände, die katholischen Jugend-, Sozial- und Erwachsenenverbände
- Leistungsfelder: Publizistische Arbeit, Fortbildungs-, Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Fachzeitschrift THEMA JUGEND, Reihe Elternwissen), Fachkampagnen, Fachberatung, Politikberatung
- Schwerpunkte: Es geht hauptsächlich um Prävention, Gewalt-, Suchtprävention, Prävention von politischem und religiösem Extremismus, interkulturelle/interreligiöse Bildung
- Projekt „Dialogbereit": Träger waren u. a die Katholische offene Kinder- und Jugendarbeit NRW und die Muslimische Jugend Deutschland (MJD). Das Projekt war unabhängig von externen Finanzmitteln. Es gab Gesprächsgruppen zwischen christlichen und muslimischen Jugendlichen zum Thema „Was ist mir wertvoll? Was ist mir heilig?" Am Ende fand eine Ausstellung von „Wertsachen" in 14 Städten statt.

Interreligiöse/interkulturelle Bildung:

- Der kulturelle Faktor wird oft überbetont. „Kultur" wird nicht selten anstelle des Terminus „Rasse" benutzt. Obwohl Kultur nicht mit Ethnie und Nation gleichzusetzen ist, werden Trainings/Rezepte für den Umgang mit bestimmten Gruppen wie z. B. ‚Türken', ‚Russen', ‚Roma' angeboten. Oft werden Differenzen und Identitäten mittels ihrer „Kultur" festgeschrieben. Interkulturelle Trainings fördern damit Klischees und halten Vorurteile aufrecht.
- „Interkulturalität" geht letztlich von zwei monolithischen Blöcken aus, die in sich homogen sind, was die reale Situation nicht adäquat beschreibt.
- Außerdem werden durch kulturelle Unterschiede klare Hierarchien festgesetzt: Wir, die Mehrheit, und die Anderen, die Minderheit.
- Die Kulturdifferenz lenkt von den vertikalen Differenzen ab, d. h. von Ungerechtigkeit und Diskriminierung durch gesellschaftliche Strukturen und Institutionen. Andersartigkeit hängt sehr oft mit Hierarchien und Dominanzen zusammen.

Paradigmenwechsel: von der interkulturellen zur transkulturellen Bildung.
Transkulturelle Bildungsangebote der Katholischen LAG richten sich vor allem an MultiplikatorInnen in Kinder-, Jugendhilfe und Schule. Dabei geht es u. a. um die Reflexion der eigenen religiösen und kulturellen Rahmenbedingungen und um die Förderung der Demokratiefähigkeit und Ambiguitätstoleranz. In diesem Zusammenhang sind zwei Begriffe wichtig:

- Differenzsensibilität (nach Paul Mecheril) = Anerkennung der sozialen Zusammenhänge, des Rahmens, in dem Menschen Vorlieben und Normverständnisse entwickeln. Nicht nur religiöse und kulturelle Faktoren spielen dabei eine Rolle, „sondern diese im Zusammenspiel mit anderen Differenzkategorien, wie z. B. sozialer Status, Bildungszugang, körperliche und geistige Fähigkeiten".
- Dominanzsensibilität = Die Erfahrung und das Verhalten von (vor allem mehrheitsangehörigen) Menschen ist in Strukturen der ungleichen Verteilung von Macht und Ressourcen eingebettet.

Praktische Umsetzung:
Eigene Macht offen legen; Power Sharing, z. B. durch Einbeziehung von Referenten mit Migrationshintergrund; differenzsensible Sprache und Inhalte in den Publikationen.

„Vernetzung und Teilhabe vor Ort/in der Kommune" (Vortrag von Hülya Doğan)

Frau Doğan stellte den
Arbeitskreis Muslime und Christen im Bonner Norden (MUCHRI) vor.

- Gründung: 2003 durch die Kirchengemeinden St. Lukas und St. Marien und verschiedenen muslimischen Gesprächspartnern. Heute gehören die DITIB Moschee Bonn und die Al-Muhajirin Moschee Bonn zu den festen Gesprächspartnern dazu.
- Ziele des Arbeitskreises sind Erfahrungsaustausch und Information zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der Religion und Kultur; die Förderung des gegenseitigen Verständnisses durch Erklärung und Aufklärung. Dabei spielen persönliche Begegnungen auf Augenhöhe eine wichtige Rolle.
- Innerhalb des Arbeitskreises gibt es neben der Steuerungsgruppe aktuell zwei Untergruppen:
  a) Ein höherschwelliges Angebot: „Info und Dialog". Hier geht es um einen theologischen Austausch: So z. B. eine Vortragsreihe zum Verhältnis von Religions- und Meinungsfreiheit angeboten.
  b) Ein niederschwelliges Angebot: „Feste und Begegnung". In diesem Rahmen werden z. B. Sommerfeste oder Frauennachmittage durchgeführt.
- Veranstaltungshighlights bisher waren beispielsweise: eine interreligiöse Studienreise durch die Türkei 2008, Besuch der Bonner Stiftskirche und Münsterkirche 2011, Veranstaltungen wie Umgangsformen im Islam; Bibel und Koran vergleichend lesen; die Darstellung des Islam und der Muslime in der Presse.

Asymmetrien zwischen Christen und Muslimen

- Die christlichen Mitglieder sind haupt- und ehrenamtlich tätig. Sie sind überwiegend Theologen, meistens durch kirchliche Stellen finanziert. Die muslimischen Mitglieder sind ausschließlich ehrenamtlich tätig und überwiegend theologische Laien.
- Eine Forderung an die Ausbildung der Theologen lautet**:** Vergleichende Theologie im Studium erlernen, um den Dialog durch ein gegenseitiges Verständnis zu fördern.
- Muslime werden in kirchlichen Einrichtungen diskriminiert, z.B. in Bezug auf Festanstellung, Kindergartenvereinbarung, Schulanmeldung, Versorgung von Senioren.

Teilhabemöglichkeit von Muslimen in einer Kommune durch:

- Interreligiöse Arbeitskreise
- Vereins- und Kooperationsarbeit
- Muslimische Organisationen
- Politik: Obere Listenplätze in etablierten Parteien für lange Jahre belegt; bei Negativschlagzeilen über Muslime, sofort Bezug zu muslimischen Politikern. Selten positive Schlagzeilen: Die Dozentin berichtete als Beispiel, dass sie bei gemeingesellschaftlichen Angelegenheiten, für die sie sich speziell eingesetzt hatte, nicht erwähnt werde.

„Musliminnen in der Arbeitswelt" (Vortrag von Frau Munise Cuma-Oğuzay)

Zunächst fragte Frau Cuma-Oğuzay, ob es überhaupt DIE Muslime gäbe. Sie führte eine kleine Übung durch: Welche Bilder assoziieren Sie, wenn Sie „muslimisch" hören?

Frau Cuma-Oğuzay fordert eine differenzierte Betrachtungsweise: die Muslime in Deutschland sind eine heterogene Gruppe hinsichtlich Sprache, Ethnie und Strömungen innerhalb der Religion.

Bilder und Stereotypen über muslimische Frauen in Deutschland:

- ungebildet, unterdrückt, sprachlos
- fremd, exotisch
- übernehmen Hilfsarbeiten im öffentlichen Leben
- sie dienen als Beispiel für missglückte Integration, vgl. Fotografien in Zeitungsartikeln. Oft werden sie nur von hinten dargestellt.

Positive Beispiele: Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen, Anwältinnen, Lehrerinnen, Ärztinnen

- Positive Beispiele werden meistens oft ignoriert und verschwiegen
- Trotz guter Ausbildung werden sie im Namen der Neutralität diskriminiert.
- Diskriminierung in Ausbildung und Beruf
  Bewerbung: Feldversuch der Uni Konstanz 2010 (fiktive, identische Bewerbungsunterlagen): ein türkischer Name bedeutet 24% weniger Einladungen.
  Arbeitsplatz: Kopftuch tragende Lehramts- und Jurastudentinnen werden seit 2003 nicht mehr in den öffentlichen Dienst eingestellt
- Mehrdimensionale Diskriminierung: Frau – Migrantin – Muslimin – Kopftuchträgerin

Das Problem, mit dem Musliminnen in der Arbeitswelt konfrontiert sind: Die Mehrheit der Arbeitgeber möchte trotz des hohen Stellenwerts der Religionsfreiheit in der deutschen Verfassung keine Frauen mit Kopftuch einstellen

Lösungen:

- Staat: Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetztes (AGG) und die Etablierung von Antidiskriminierungsstellen
- Individuelle Lösungen: Selbständigkeit, z. B. eigene Praxen, Betriebe usw.
- Ethnische Ökonomie: z. B. im elterlichen Betrieb arbeiten
- Ohne Erwerbstätigkeit zu bleiben
- Selbsthilfeverein muslimischer Frauen

Die Arbeit/die Ergebnisse der Worldcafé-Kleingruppen

Am Tisch mit Frau Cuma-Oğuzay kamen die nachfolgenden Fragen zur Sprache:

1. Anonymisierte Bewerbungsverfahren, Frauenquoten, Diversity-Management. Was halten Sie von diesen Lösungsmöglichkeiten? Gibt es bessere?
2. Brain-Drain und seine Folgen? Oder: Wie lange kann man Professionalität und Fachkompetenz ignorieren?
3. Gründe für schlechte Arbeitsmarktintegration: ethnisch/religiös bedingt?

In der ersten Runde wurde zunächst auf die anonymen Bewerbungsverfahren eingegangen. Diese erleichtern zwar den Zugang, wichtig seien aber auch Quoten. Diversity in Firmen sei eine betriebswirtschaftliche Unternehmensstrategie zur Gewinnmaximierung, man könne aber Diversity in Firmen nicht staatlich verordnen. Die Firmen müssten selbst dazu kommen, z. B. bei einem Fachkräftemangel.

Brain-Drain: Statt fremde Fachkräfte anzuwerben, sollten die eigenen Ressourcen im Land besser genutzt werden. Viele Zuwanderer sind bestens ausgebildet und arbeiten hier nur im Niedriglohnbereich. Man einigte sich in der Gruppe darauf, dass Akzeptanz, Wertschätzung und Anerkennung dazu nötig seien, um diesem Problem zu begegnen. Die Moderatorin meinte, dass es auch wichtig sei, dass man sich an das Bild einer Frau mit Kopftuch in der Öffentlichkeit gewöhne. Dies wäre z. B. möglich, wenn man sie als Nachrichtensprecherin im Fernsehern sehe.

Frauen und Beruf: Viele Frauen aus Zuwandererfamilien hätten nur einen 450-Euro-Job oder sind auf Harz IV angewiesen. Dies sei u. a. auf fehlende Informationen und fehlende Netzwerke in den verschiedenen ethnischen Gruppen zurückzuführen.

Fazit: Vielfalt muss zur Normalität werden. Ein anderer Umgang mit Diversität ist notwendig.

Am Tisch mit Frau Hülya Doğan wurden nachfolgende Thesen diskutiert:

1. Ein persönliche Kontakt zwischen Muslimen und Christen fehlt!
2. Religion wird vermischt mit Unwissenheit und Kultur!
3. Die Medien berichten zu negativ über Muslime !

In den ersten beiden Runden wurde darüber gesprochen, dass Bilder und Vorurteile in den Köpfen der Menschen sehr unterschiedlich sind. Vorurteile entstünden oft durch mangelnde Aufklärung. Nicht nur Einheimische, sondern auch Migranten sollten mehr wissen. Weiterer Kritikpunkt war, dass die Medien oft zu negativ und stark nationalitätenbezogen berichten.

In der dritten Runde ging es vor allem um das Thema des persönlichen Kontakts. Ein Teilnehmer berichtete von Veranstaltungen. Zusätzliches ehrenamtliches Engagement wurde als notwendig erachtet. Man kam allgemein auf die Frage nach Kontakt und Freundschaften zu sprechen, die nach bestimmten Lebensabschnitten wieder verloren gehen. Soziale Isolation wurde als allgemeines Phänomen gesehen. Eine Teilnehmerin wies darauf hin, dass für den persönlichen Kontakt Gelegenheiten bzw. Orte wichtig seien, an denen man sich trifft. Der persönliche Austausch und die Begegnung seien wichtig, denn man verändert sich, wenn man sich begegnet. Es wurde festgestellt, dass ein Kontakt bzw. eine Freundschaft durch Gemeinsamkeiten und gemeinsame Tätigkeiten wächst, z. B. durch ein gemeinsames Studium.

Am Tisch mit Frau Laudage-Kleeberg kamen die nachfolgenden Fragen zur Sprache:

1. Gebetsräume für muslimische Schüler/-innen.
   Wie kann man differenzsensibel Pro und Contra diskutieren?
2. Lehrerinnen mit Kopftuch.
   Gefährdet ein Kleidungsstück die religiöse Neutralität einer Staatsangestellten?
3. Antimuslimische Parolen in Schule und außerschulischer Bildung.
   Wie gewinne ich Boden gegen Stammtischsprüche?

In der ersten Runde wurde diskutiert, ob und wie ein Gebetsraum eingerichtet werden soll. Man kam zu dem Schluss, dass dieser Raum ein würdevoller und spiritueller Raum sein sollte. Wir bräuchten mehr fundiertes Wissen über unsere Religion und die Religion der anderen.

In der zweiten Runde ging es um antimuslimische Parolen und wie man darauf reagieren kann.

a) Zunächst wurden in der Gruppe einige ***Parolen*** zusammengetragen:
   - ➡ im Islam haben die Frauen keine Rechte
   - ➡ die Frauen werden unterdrückt
   - ➡ die Frauen werden alle zwangsverheiratet
   - ➡ Muslime sind alle Terroristen
   - ➡ Muslime wollen sich nicht integrieren
   - ➡ die Muslime wollen uns unterwandern und einen Gottesstaat errichten
   - ➡ 20 Jahre hier – und können noch kein Deutsch

b) In einem zweiten Schritt wurden ***Strategien*** überlegt, wie man mit diesen Parolen umgehen soll. Von Rechtfertigung wurde abgeraten.
   - sachlich darauf reagieren bzw. Fakten entgegenstellen.
   - zuhören, das Gesagte aufgreifen, nachdenken
   - Verständnis
   - Offenheit auf beiden Seiten
   - Konfrontation
   - Aufklärung
   - Selbstoffenbarung und Position beziehen
   - sich Verbündete suchen

Auf den Einwurf, den Gesprächspartner um konkrete Beispiele zu bitten, meinte die Moderatorin, dass dieser dann erst recht richtig aushole mit seinen Vorurteilen. Daher sei diese Strategie nicht so günstig. Ein weiter Vorschlag war, die eigene Geschichte zu erzählen, um dadurch Verständnis zu ermöglichen. Andere meinten, dass der Gesprächspartner verstockt sein kann und dann auf so etwas nicht eingeht. Er könnte eine persönliche Geschichte dann als Ausnahme abtun.

Fazit: Es ist besser zu handeln, als nichts zu tun. Eingreifen ist das Entscheidende.

Protokollantin: Anna Göltenboth (freie Mitarbeiterin Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen)
Redaktionelle Bearbeitung: Margarita Bergen (Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen)
Hartmut Reiners (ARIC-NRW e.V.)

Diskriminierung durch die Strafverfolgungsbehörden?
Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen

Sachverhalt

Herr M., ugandischer Staatsbürger, wurde im Juni 2012 von der Polizei zu einer Vernehmung als Beschuldigter vorgeladen. Ihm wird vorgeworfen, ein Taxi genommen und das Taxi ohne zu bezahlen verlassen zu haben. Aufgrund der Täterbeschreibung des Taxifahrers (dunkelhäutig, schlank mit kurzen Haaren) fragte die Polizei beim zuständigen Einwohnermeldeamt an, ob in den Häusern, vor denen der Täter abgesetzt wurde, ein „Schwarzafrikaner" gemeldet sei. Das Einwohnermeldeamt nannte daraufhin Herr M. In der Vernehmung teilte Herr M. mit, dass er sich zur Tatzeit anlässlich eines Workshops in Berlin aufgehalten habe. Er hat dies auch durch eine Teilnahmebestätigung, eine Übernachtungsquittung und verschiedene Zeugenaussagen der anderen Teilnehmer belegen können. Die Polizei hielt es dennoch für erforderlich, dem geschädigten Taxifahrer mehrere Fotos von Personen afrikanischer Herkunft, darunter eines von Herrn M., vorzulegen. Der Taxifahrer will hierauf Herrn M. „mit ziemlicher Sicherheit" als Täter wiedererkannt haben.

Diese Einschätzung ist aus mehreren Gründen zweifelhaft: Herr M. ist bei der Fotoauswahl der einzige schlanke Mann. Herr M. trägt auf dem Foto und trug zum Tatzeitpunkt einen Backen- und Kinnbart sowie eine Glatze. Keines dieser auffälligen Merkmale hatte der Taxifahrer in seiner Personenbeschreibung angegeben.

Die Staatsanwaltschaft übergibt dem Amtsgericht die Ermittlungsakte dennoch mit dem Antrag auf Strafbefehl, weil die Täterschaft des Herr M. aufgrund des (fraglichen) Wiedererkennens nicht gänzlich ausgeschlossen werden könne. Der Richter erlässt Strafbefehl gegen Herrn M. (Geldstrafe 250 €). Herr M. legt hiergegen Einspruch ein. Der Richter bietet Herrn M. daraufhin eine Einstellung des Verfahrens nach § 153 StPO (wegen geringer Schuld) an.

Beratungsschritte des GBB Aachen

Herr M. wendet sich Rat suchend an das GBB Aachen. Er möchte das Einstellungsangebot nicht annehmen, da er sich völlig willkürlich zu Unrecht und allein wegen seiner Hautfarbe und Herkunft verdächtigt fühlt. Eine Einstellung wegen „geringer Schuld" ist für ihn blanker Hohn. Er würde sich hierdurch nachhaltig erniedrigt fühlen und auch künftig willkürliche Verdächtigungen befürchten. Das GBB nahm Kontakt mit dem Rechtsanwalt auf und prüfte die Aktenlage. Die Chancen auf einen Freispruch stehen gut, da Herr M. seine Abwesenheit zum Tatzeitpunkt nachweisen kann. Dennoch bestand ein gewisses Prozessrisiko und damit auch ein Kostenrisiko, wenn Herr M. das Einstellungsangebot nicht annimmt, sondern in die Hauptverhandlung geht. Das GBB Aachen schaltete daraufhin die Stiftung „Leben ohne Rassismus" ein und erwirkte einen Beschluss zur Unterstützung des Herrn M. für den Fall, dass er in der Hauptverhandlung nicht freigesprochen werden sollte. Herr M. entschied sich letztlich – nach reiflicher Abwägung mit Unterstützung durch das GBB – in die Hauptverhandlung zu gehen. Dort wurde er freigesprochen, da seine Täterschaft nicht bewiesen ist.

Herr M. möchte nun wissen, ob er Entschädigungsansprüche gegen Polizei, Staatsanwalt und Richter geltend machen kann, da er durch die falsche Verdächtigung von April 2012 bis Ende Februar 2013 – also fast ein Jahr – psychisch sehr belastet war und große Teile seines Privatlebens von der Sorge, die richtige Entscheidung zu treffen, besetzt waren.

In Frage käme hier ein Amtshaftungsanspruch nach § 839 BGB durch eine Pflichtverletzung des Richters beim Erlass des Strafbefehls und des Einstellungsangebotes. Ein Richter haftet jedoch nur für eine Pflichtverletzung, wenn sie zugleich eine Straftat ist. In Betracht kommt hier nur die Strafvorschrift der Rechtsbeugung gemäß § 339 StGB. Eine Rechtsbeugung könnte vorliegen, weil Staatsanwaltschaft und Richter den Grundsatz der Unschuldsvermutung missachtet und eine Verurteilung des Herrn M. allein aufgrund der Aussage des Taxifahrers als wahrscheinlich angesehen haben, obwohl Herr M. mehrere Entlastungsbeweise vorlegen konnte. Der Tatbestand der Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, wird von der Rechtsprechung allerdings nur bei elementaren Verstößen gegen die Rechtsordnung bejaht. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass dieser Fall als elementarer Verstoß beurteilt würde.

Damit ist auch die Durchsetzbarkeit eines Entschädigungsanspruches fraglich. Eine andere Rechtsgrundlage für Entschädigungsansprüche ist nicht ersichtlich.

Alternativ zu Entschädigungsansprüchen können Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Polizei, Staatsanwalt und Richter eingereicht werden. Es ist denkbar, dass die Beschwerden zu einem Ermittlungsverfahren gegen den Staatsanwalt und den Richter wegen Rechtsbeugung führen wird, denn bei dem Verdacht auf ein Verbrechen muss von Amts wegen ermittelt werden.

Diskriminierungsinhalt

Die Anfrage der Polizei beim Einwohnermeldeamt, ob in den fraglichen Häusern ein „schwarz-afrikanischer" Mann gemeldet ist, ist diskriminierend, denn sie orientiert sich als Verdachtsmoment allein an der Hautfarbe, der Herkunft und einem möglicherweise „afrikanisch klingenden" Namen. Spätestens seit der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz zur Frage der Zulässigkeit verdachtsunabhängiger Kontrollen (racial/ethnik profiling OVG Rheinland-Pfalz, AZ: 7A10532/12.OVG) ist eine solche Praxis als unzulässig zu bewerten, da sie einen Verstoß gegen Art. 3 GG darstellt.

Der Erlass eines Strafbefehls, ohne dass eine Verurteilung des Herrn M. als wahrscheinlich angesehen werden kann, ist rechtsfehlerhaft. Gleiches gilt für das Einstellungsangebot. Der Strafbefehl ist ergangen, weil die Staatsanwaltschaft meint, aufgrund der fragwürdigen Identifikation durch den Taxifahrer könne nicht ganz ausgeschlossen werden, dass Herr M. der Täter sei. Zwar reicht für den Erlass eines Strafbefehls die Prognose, dass eine Verurteilung des Beschuldigten wahrscheinlich ist aus, für eine solche Prognose bietet der Sachverhalt jedoch keine Grundlage. Vielmehr gilt der strafprozessuale Grundsatz der Unschuldsvermutung solange die Schuld nicht bewiesen ist, in geminderter Form auch hier. Die Entscheidungen von Staatsanwalt und Richter können jedoch nicht direkt als Diskriminierung eingestuft werden. Es sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass der Beweggrund für diese fehlerhaften Entscheidungen die Hautfarbe oder Herkunft von Herrn M. waren. Allerdings verfestigt sich durch diese Entscheidungen die diskriminierende Ermittlungstätigkeit der Polizei und damit die Willkür, der Herr M. ausgesetzt war. Dies wiederum hat erheblichen Einfluss auf die psychische Belastung und Bedrohung, der Herr M. aufgrund der falschen Verdächtigung ausgesetzt war.

Planerladen e.V. lud an zwei Film-, Lese- und Musikabenden zur Diskussion über die Lebenssituation der Roma in Dortmund ein

„Musik ist unsere Sprache – Musik ist Freiheit"

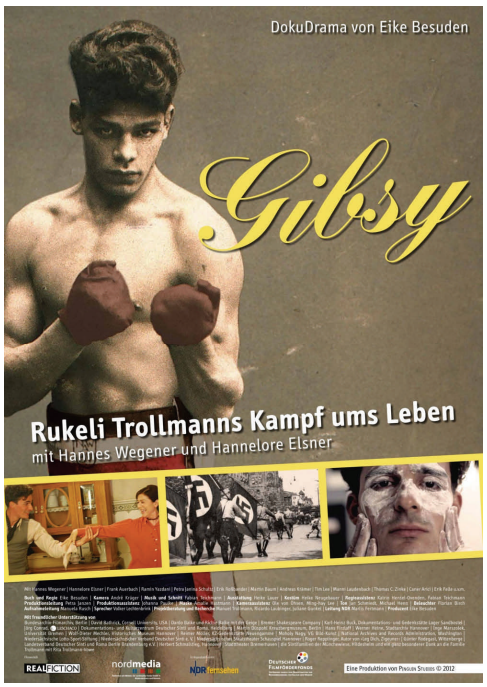
Ende Oktober wurde in Kooperation mit der Auslandsgesellschaft NRW e. V. und dem DGB Dortmund der Film „Newo Ziro – Neue Zeit" gezeigt, der die Geschichte über vier beeindruckende Menschen, Sinti in Deutschland, erzählt. Kein leichtes Leben. Aber Bawo Reinhardt will, dass sie selbstbewusst für ihre Bildung und ihren Platz in der Gesellschaft kämpfen. Seine Enkelin Sibel macht bald ihr Abitur und hat drei schwarze Gürtel in Kung Fu. Ihr Vorbild ist ihr Onkel Lulo Reinhardt, der jahrelang gekämpft hat, um heute als anerkannter Musiker zu leben. Sascha Reinhardt, der mit seinem Festival die Musik der Sinti und Roma auf die Bühne bringt, bleibt skeptisch, ob das mit der Integration klappt. Zu viele Benachteiligungen nach wie vor. Und in allem die Musik selbst – Musik ist unsere Sprache: Sinti-Musik, Gypsy-Swing, das Erbe von Django Reinhardt im neuen eigenen, unverwechselbaren Stil. „Musik ist Freiheit", beschreibt es einer der Musiker.

Wie gehen die Protagonisten mit der Herausforderung um, einerseits mit Fleisch und Blut Sinti zu sein, gleichzeitig aber auch wie jeder andere Deutsche zu leben und anerkannt werden zu wollen? Ihnen allen ist ihre tiefe Verwurzelung in der Sinti-Kultur gemeinsam. Welche Zukunft hat eine nationale Minderheit, die auf ihrer Eigenständigkeit besteht, deren Kultur aber immer mehr in der Mehrheitsgesellschaft zu verschwinden droht? Diese Fragen stellten sich die Besucher/innen u. a. in der anschließenden Diskussion mit dem Regisseur Robert Krieg. Abgerundet wurde der Abend mit einem kleinen Konzert der Band "I Gitanos" mit Bawo und Manolo Reinhardt.

Das Schicksal eines einzelnen Sportlers, der aufgrund seiner Herkunft Opfer der NS-Ideologie wurde, spiegelt das Schicksal einer ganzen Gruppe wider

Der Film „Gibsy" zeichnet das Leben des Boxers Johann „Rukeli" Trollmann während der NS-Zeit nach. Im Sommer 1933 gewinnt der Sinto die Deutsche Box-Meisterschaft der Profis im Halbschwergewicht, die ihm ein paar Tage später von der arisierten Boxsportbehörde – wegen „ungenügender Leistungen beider Boxer" – wieder aberkannt wird. Der wahre Grund: Als Mitglied einer nicht-arischen Minderheit darf er nicht Deutscher Meister sein. Trollmanns Reaktion: Bei seinem nächsten Kampf steigt er mit Mehl auf der Haut und blond gefärbten Haaren in den Ring. Trollmann stirbt, wie 500.000 weitere Sinti und Roma, im Konzentrationslager.

Im Anschluss an den Film folgten eine Lesung sowie eine Diskussion mit dem Autor Dr. Roger Repplinger und Oswald Marschall vom Verein Deutscher Sinti Minden über das Leben und Schicksal der Roma während der NS-Zeit sowie über die heutige Lebenssituation der Roma in Dortmund. Die Zuwanderung von Menschen aus Osteuropa löst viele Diskussionen über das Zusammenleben mit den Neuzuwander/innen aus.



Der Film macht nachdenklich: Die Geschichte des Boxers Johann Trollmann mündet in die heutige Zeit, in der Antiziganismus nach wie vor weit verbreitet ist. Die Fragen, ob und was aus der Geschichte gelernt wurde, waren Fragen, über die an diesem Abend mit dem interessierten Publikum diskutiert wurden.

"Jubiläum der Untätigkeit": Problemhaus in der Dortmunder Nordstadt weiterhin unsaniert – Planerladen e.V.

Zwei Jahre sind vergangen, seit das Objekt in der Presse als von Bulgaren und Rumänen "besetztes" Problemhaus bekannt geworden ist und geräumt wurde. Ein Jahr ist vergangen, seit die versprochene Sanierung der Immobilie abgeschlossen sein sollte. Eigentümerin und Verwaltungsgesellschaft haben seither nicht gehandelt, im Gegenteil: Der Zustand des Hauses hat sich durch ihre Untätigkeit weiter verschlechtert.

Im Sommer 2010 waren 50 aus Osteuropa stammende Menschen angesichts von Leerstand und sichtbarer Verwahrlosung kurzerhand in das Haus eingezogen und hatten bis zur Räumung Anfang März 2011 sowohl Müllberge als auch horrende Nebenkostenrechnungen hinterlassen. Zudem weigerten sie sich nach Aussage der Hausverwaltung so beharrlich, das Haus wieder zu verlassen, dass eigens ein Security-Unternehmen zur Räumung des Hauses herangezogen werden musste.

Was passierte seitdem?

- Die Angekündigte Sanierung erfolgte nicht – Mieter sahen sich zum Auszug gezwungen
- Nicht nur, dass seitdem nichts passierte – die Lage verschlimmerte sich nochmals: kein Strom, Gas und Wasser mehr!
- Der Verfall schreitet fort: Müll, Schimmel, Tauben

Die Immobilie bleibt ein Problemfall. Auch, wenn die tatsächlichen (bau-)ordnungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten der Stadt Dortmund in diesem Falle begrenzt sein mögen, erwarten der Planerladen e.V., der Mieterverein Dortmund und Umgebung e.V. und Bodo e.V. von den zuständigen Stellen, Eigentümerin und Hausverwaltung mit größtmöglichem Nachdruck an die gemachten Versprechungen und ihre Eigentümerpflichten zu erinnern.

Dieses Problemhaus ist ein mehr als deutliches Beispiel dafür, wie Immobilien durch ausbleibende Investitionen und nicht fachgerechte Verwaltung soweit heruntergewirtschaftet werden, dass sie als Wohnort für Menschen in Frage kommen, die aufgrund von materieller Not oder diskriminierenden Zugangsbarrieren keine andere Wahl haben, als die dort herrschenden Zustände zu ertragen.

Dem Planerladen e.V., dem Mieterverein Dortmund und Umgebung e.V. und Bodo e.V. fehlt der Glaube daran, dass der Einzug von südosteuropäischen Zuwanderern tatsächlich eine bereits geplante Investition in die Immobilie lediglich verzögert hat. Vielmehr verstärkt sich der Eindruck, dass hier ein Sündenbock gefunden wurde, dessen Auftauchen zwar Symptom, nicht aber Ursache eines strukturellen Problems dieses Hauses und anderer Immobilien in der Nordstadt ist.

Der Planerladen e.V. berichtet über weitere verschiedene Projekte

Minister Schneider las Kindern im Rahmen des deutsch-türkischen Leseprojektes „Oku bakayım! – Lies mal!" vor

Die Schülerinnen und Schüler Lessing-Grundschule in Dortmund durften am 19. Dezember 2012 einen besonderen Gast begrüßen. Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW, war zu Gast im Roto-Theater. Im Rahmen des zweisprachigen Leseprojekts las er zusammen mit dem Vorstandsmitglied des Planerladens e.V. Tülin Kabis-Staubach aus der Tierfabel "Das Allerwichtigste" von Antonella Abbatiello vor.

Beim 4. Bürgerforum stand das Engagement Jugendlicher im Fokus: Alle sind sich einig: „Wir haben schon viel erreicht!"

Das Bürgerforum "Nord trifft Süd", das Bürger/innen die Chance gibt, alltägliche und besondere Projekte in Dortmund zu präsentieren, ging in die 4. Runde und bot Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Gruppen und ihre Arbeit vorzustellen.

Jugendliche sind ehrenamtlich aktiv und bringen sich mit ihren Ideen in die Gesellschaft ein. Es gibt viele Jugendgruppen in Dortmund, die mit ihrem sozialen wie politischen, künstlerischen, kulturellen oder sportlichen Engagement die Stadtteilkultur prägen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag für mehr Teilhabe in der Gesellschaft. In fast jedem Stadtteil gibt es Jugendgruppen, die sich auf vielfältigste Art einbringen und anderen Jugendlichen eine Plattform für ihre Ideen anbieten. Alle Gruppen gemeinsam spiegeln die (jugendliche) Internationalität Dortmunds wider. An diesem Abend berichten aus dem Vereinsleben: Gewerkschaftsjugend (DGB), Jugend des VMDO (Verbund sozial-kulturellen Migrantenorganisationen in Dortmund e.V.), die Jugendforen Lütgendortmund, Huckarde und Nordstadt.

Während die behandelten Themen in der Praxis durchaus unterschiedlich sind, ist eins allen gemeinsam: Die Motivation ist stets, eigene Ideen und Ziele zu formulieren, welche dann entweder in Eigeninitiative umgesetzt oder in politische Entscheidungsprozesse eingebracht werden. Dabei decken die Jugendlichen insgesamt die ganze Bandbreite des politischen Spektrums ab: Vom Besuch in der Bezirksvertretung über Diskussionen mit Lokalpolitikern über Studienfahrten ins politische Berlin sind sie auf allen Ebenen aktiv.

Auch wenn Rassismus und Diskriminierung nicht unter allen Jugendlichen ein präsentes Thema ist,

wurde deutlich formuliert, dass z.B. seitens des Jugendforums Nordstadt deutlicher Handlungsbedarf gesehen wird. So führten die Jugendlichen Gespräche mit Diskothekenbetreibern zur Diskriminierung beim Einlass. Die DGB-Jugend bezeichnet die Antirassismus-Arbeit an Schulen als stetig zu bearbeitendes Aufgabenfeld, und seitens des VMDO wird ergänzt: „Viele sehen uns immer noch nicht als Deutsche, obwohl wir hier geboren sind und die Sprache sprechen!"

Planerladen e.V. und Café Vital im Klinikzentrum Dortmund Nord sagen: Wir sind Dortmund. Nazis sind es nicht.

Im vergangenen Sommer hat der Planerladen e.V. die Plakataktion BESSER LEBEN OHNE NAZIS/ SCHÖNER WOHNEN OHNE NAZIS… auch 2012! ins Leben gerufen. Auf diese Kampagne, die unter Schirmherrschaft von Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau steht, ist auch Uwe Kreuger, der Betreiber des Café Vital im Klinikzentrum Dortmund Nord, aufmerksam geworden: „Ich war sofort begeistert von der Kampagne und habe daraufhin die Integrationsagentur des Planerladen e.V. auf die Möglichkeit angesprochen, die Plakate im Café Vital aufzuhängen." Auch der Geschäftsführer des Klinikums Rudolf Mintrop begrüßt die Aktion und hat die Ausstellung spontan ermöglicht.

Foto: Mark Raschke, Klinikum Dortmund

Die drei Motive zeigen historische Fotos des im Zweiten Weltkrieg zerbombten Dortmunds, die die textlichen Aussagen plakativ untermauern. Ziel der Aktion ist es, die Öffentlichkeit weiter für die Thematik zu sensibilisieren und zum kontinuierlichen Handeln aufzufordern. Denn die zerstörerischen Taten der Nazis dürfen nicht in Vergessenheit geraten!

Das Jugendforum Nordstadt diskutiert über Rechtsextremismus

Nachdem das Jugendforum Nordstadt des Planerladen e.V. Anfang Dezember auf politischer Informationsfahrt in Berlin war, stand Mitte Dezember eine Lesung auf dem Programm, die die Jugendlichen selbst moderierten. Das Buch „Rechter Terror in Deutschland" von Olaf Sundermeyer regt zum Nachdenken über den Terror von rechts seit den 1970er Jahren an. Es thematisiert rechtsterroristische Anschläge ebenso wie die alltägliche Gewalt gegen Andersdenkende, Obdachlose, Migranten und Juden. Dabei kommen sowohl die Täter als auch die Opfer zu Wort.

Lange Zeit ist der Terror von rechts in Deutschland verharmlost worden. Viele Opfer werden in den offiziellen Statistiken nicht erfasst, weil sie die Übergriffe aus Angst nicht anzeigen oder weil die ermittelnden Stellen das politische Tatmotiv nicht erkennen. Das Auffliegen der Zwickauer Terrorzelle nimmt Einfluss auf die öffentliche Diskussion über den Umgang mit rechtsradikalen Gewalttätern, vieles bleibt aber noch zu tun.

Olaf Sundermeyer zeigt auf, dass die Gefahr von rechts nicht nur von geplanten Terroranschlägen ausgeht, wie sie das NSU-Trio verübte. Eindringlich schildert er die konkreten Formen rechter Gewalt in beklemmenden Nahaufnahmen, von dem Anschlag auf das Münchner Oktoberfest im Jahr 1980, über Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, Mölln und Solingen bis hin zu den Anschlägen des NSU. Dabei wird eines deutlich: Der Staat schützt seine Bürger nicht wirksam vor Angriffen von rechts. Gemeinsam mit dem Autor diskutierten die Jugendlichen angeregt über die alltägliche Gefahr von rechts.

DISSEN – MIT MIR NICHT

Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung

Zeigt Flagge gegen Rassismus und Diskriminierung an eurer Schule oder Jugendeinrichtung und gewinnt dabei tolle Preise!

Es geht um Einmischung und Gesicht zeigen gegen Diskriminierung und Rassismus. Sendet uns Eure Beiträge in Form von Bildern, Fotos, Collagen, einer Geschichte oder Erzählung, einem Video, einem Musikstück oder Ähnlichem zu. Sicher habt ihr eine Menge zu dem Thema zu sagen und hier findet ihr eine Plattform, eure Gedanken, Erfahrungen und Meinungen mitzuteilen! Ihr könnt alleine oder als Gruppe teilnehmen!

Also, lasst Eurer Kreativität freien Lauf – und sorgt für Überraschungen! Bitte beachtet jedoch, dass Videos und Musikstücke eine Abspielzeit von 3 Minuten nicht überschreiten sollten.

Prämiert wird der beste Beitrag bei einer großen Preisverleihung am 27.11.2013
Einsendeschluss ist der 08.11.2013

Wir freuen uns auf eure Beiträge!

Hier Eure AnsprechpartnerInnen:

Anti**D**iskriminierungs**B**üro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.
Ilka Simon Tel. 0221/96476300
Ilka.Simon@oegg.de

Antidiskriminierungsbüro/Caritasverband für die Stadt Köln e.V.,
Kornelia Meder, Tel. 0221/560 46 32
Kornelia.Meder@caritas-koeln.de

Bezirksjugendpflege Chorweiler
Martina Zuber-Goljuie, Tel.0221/22196267
Martina.Zuber-Goljuie@stadt-koeln.de

Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
Christoph Wesemann, Tel. 0221/22191141
C.Wesemann@schulen-koeln.de

Mit freundlicher Unterstützung von

Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)
Rosemarie Loos

Nähere Informationen auch unter:

http://www.bildung.koeln.de/regionale_projekte/antidiskriminierungsarbeit/dissen_nicht/index.html